

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Verleger:
Erich Mifflinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Oßigal 222/223



Vertrieb in allen Reichsteilen:
an SPD, Orts-, Kreis-, Bezirks-
und Reichstages-Verbindungen

Der Abdruck ist nur auf Verlangen der Redaktion zulässig. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Angaben nicht verantwortlich.

3.3.33.

Grundlos diffamiert.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. "Auf 14 Tage verboten sind sämtliche Zeitungen, Zeitschriften und Flugblätter der Sozialdemokratischen Partei, da der Brandstifter aus dem Reichstage in seinem Geständnis die Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei zugegeben hat." (Amtlicher preuss. Pressedienst vom 28. Februar 1933.)

Obwohl der Amtliche preussische Pressedienst alsbald nach dem Ausbruch des Brandes im Reichstags die oben zitierten Sätze in die Welt hinausgehen liess, war bis zum Freitag nichts Näheres darüber zu erfahren, in welcher Weise die behauptete Verbindung eines Verbrechers mit der Sozialdemokratie sich vollzogen hätte. Unmittelbar nach der Veröffentlichung hat bereits Otto Wels an den Vizekanzler von Papen formell darauf hingewiesen, dass die Aussage eines Brandstifters als Beweis für ein Vorgehen gegen die Sozialdemokratische Partei benutzt werde und auf das Schärfste dagegen Einspruch erhoben. Trotzdem ist die Regierung tagelang nicht über ihre allgemeinen Andeutungen hinausgegangen.

Erst am Freitag-Abend hat sie endlich den Schleier gelüftet. Sie hat vor den Vertretern der Presse endlich die Photographieen des 24jährigen Maurers van der Lubbe herausgegeben und auch darlegen lassen, dass ein Zweifel an der Identität des Betreffenden nicht in Frage kommt. Waren diese Mitteilungen der Regierung im allgemeinen schon dürftig, so versagten sie vollkommen in dem Augenblick, als es darauf ankam, die Verbindungen des Brandstifters mit der Sozialdemokratie im einzelnen nachzuweisen. Nur ganz allgemein wurde die Angabe gemacht, dass van der Lubbe zugestanden habe, sowohl in kommunistischen als auch in sozialdemokratischen Versammlungen als kommunistischer Diskussionsredner aufgetreten zu sein. Wo diese sozialdemokratischen Versammlungen stattgefunden haben, wie stark sie besucht waren, wurde ebenso wenig mitgeteilt, wie der Eindruck, den die angebliche kommunistische Diskussionsrede des holländischen Kommunisten bei den anwesenden Sozialdemokraten hervorrief. Davon, dass der Verbrecher gar "in Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei" wie es am Dienstag amtlich mitgeteilt wurde, gestanden habe, war überhaupt keine Rede mehr.

Man hatte erwartet, dass wenigstens in dieser ausserordentlichen Besprechung mit der Presse nun wirklich das Material bekannt gegeben würde, das dazu benutzt ist, um die gesamte sozialdemokratische Presse in Preussen und den weitaus überwiegenden Teil der sozialdemokratischen Presse in den übrigen Teilen des Reiches rücksichtslos zu unterdrücken. Ein solches Vorgehen findet nicht einmal in den bekannten Ereignissen während der Attentatshetze zu

Beginn des Sozialistengesetzes ein Beispiel.

Nichts davon! Angesichts dieses völligen Versagens bleibt nichts anderes übrig als die Feststellung, die schon Otto Wels in seinem Schreiben an den Vizekanzler von Papen zum Ausdruck gebracht hat, dass die Aussage eines Brandstifters benutzt worden ist, um die Sozialdemokratische Partei auf das Schärfste zu diffamieren, ohne dass dazu irgendwelche sachlichen Einzelheiten mitgeteilt werden.

Die sozialdemokratische Presse ist daran gehindert, gegenwärtig auf die Verdächtigungen in der Öffentlichkeit diejenige Antwort zu geben, die notwendig ist. Aber kein einzelner Sozialdemokrat ist daran verhindert, diese Dinge in allen Einzelheiten im Gedächtnis zu behalten und zu gegebener Zeit daran zu erinnern. Wir sind überzeugt davon, dass dieses Gedächtnis bei jedem sehr scharf ausgeprägt ist und die nächste unzweideutige Antwort bereits bei den Wahlen am 5. März gegeben wird.

SPD. Amsterdam, 3. März (Eig. Drahtb.)

Der niederländische Minister des Auswärtigen Beelaerts van Blokland antwortete am Freitag in der zweiten Kammer auf eine kommunistische Anfrage wegen des Reichstagsbrandes, ob der niederländische Gesandte in Berlin sich überzeugt habe, dass der Täter tatsächlich ein Niederländer und der in den Berichten genannte van der Lubbe sei, dass der niederländische Gesandte keine dahingehenden Schritte unternommen habe. Vielmehr hätten sich die deutschen Behörden bei den niederländischen Behörden informiert. Auf eine zweite Anfrage welcher Art diese Information gewesen sei, antwortete der Minister unter grosser Unruhe der gesamten Linken, dass er keine Auskunft erteilen könne. Auf die Frage, ob ihm bekannt sei, dass die Personalbeschreibung des Täters in der Presse mit der Personalbeschreibung des van der Lubbe aus Leyden nicht übereinstimme, antwortete er verneinend. Die Unruhe im Hause dauerte geraume Zeit fort.

SPD. Der Auslandsredakteur des "Vorwärts", Victor Schiff, wurde am Freitag Morgen gegen 6 Uhr 30 aus dem Bett heraus festgenommen und zum Polizeipräsidium gebracht. Gründe wurden nicht angegeben. Abends wurde Schiff wieder auf freien Fuss gesetzt.

SPD. Frankfurt/M., 3. März (Eig. Drahtb.)

Im Wahlkreis Hessen-Nassau sind in den letzten Tagen zahlreiche öffentliche Versammlungen und Kundgebungen der Eisernen Front gewaltsam verhindert oder verboten worden. Obwohl vielfach die Versamlungsankündigungen als Plakate angesehen und durch die Behörden entfernt wurden, war in allen Versamlungen, die stattfinden konnten, der Besuch ausgezeichnet.

SPD. Die Zivilstrafkammer des Landgerichtes I in Berlin hat dem Berliner Nazi-"Angriff" bei Vermeidung einer Geldstrafe verboten, den preussischen Ministern Braun und Severing vorzuwerfen oder sie zu verdächtigen, sie hätten sich persönlich an Staatsgeldern bereichert.

SPD. Breslau, 3. März (Eig. Drahtb.)

In Oels wurden am Freitag der sozialdemokratische Parteisekretär, ein sozialdemokratischer Stadtrat und ein dritter Sozialdemokrat verhaftet.

In den letzten Tagen versuchten SA-Leute wiederholt, in das mittelschlesische Gaubüro des Reichsbanners in Breslau einzudringen. Polizeibeamte vereitelten diese Absicht. Als die Glasscheiben des Büros zertrümmert waren, zogen die Nazis wieder ab.

In Gleiwitz versuchte ein Trupp SA-Leute die Gewerkschaftsbüros zu stürmen. Auch dort wurden sie von der Polizei daran gehindert.

SPD. Der Reichskanzler hat im Berliner Sportpalast in einer Wahlrede Bemerkungen über einen "berühmten Sozialdemokraten, vor dem einst sich das Bürgertum verbeugte", gemacht. Offenbar ist mit diesen Bemerkungen der beurlaubte sozialdemokratische Oberpräsident Noske gemeint. Noske lässt sich zurzeit persönlich nicht erreichen. Er hat aber bereits vor einiger Zeit ähnliche Vorwürfe, wie die von Herrn Hitler gegen ihn gerichteten in der schärfsten Weise dementiert und erklärt, dass an diesen Dingen nichts sei.

SPD. Stuttgart, 3. März (Eig. Drahtb.)

Das Stuttgarter Polizeipräsidium hat wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit zwei Aufmärsche der Eisernen Front, die am Freitag in zwei Stuttgarter Vororten stattfinden sollten, sowie die im Anschluss daran geplanten Kundgebungen unter freiem Himmel verboten, da nach den Erfahrungen der letzten Tage angeblich die Gefahr besteht, dass die Teilnehmer sich aufreizende Sprechchöre und Ausrufe gegen die Reichsregierung und den Reichskanzler zuschulden kommen lassen. Dass es noch in letzter Stunde zu einem solchen Verbot kommen würde, war zu erwarten, nachdem der "Nazi-Kurier" erst in seiner Freitag-Ausgabe wieder in zügelloser Weise gegen die angeblich untätige württembergische Regierung losgezogen ist und angekündigt hat, dass am Sonnabend die Braunhemden das "Marxistengesindel" auf den Strassen nicht mehr dulden würden. Diese Gewaltandrohung konnte sich das Blatt leisten, ohne dass gegen es vorgegangen wurde.

SPD. Breslau, 3. März (Eig. Drahtb.)

Aus allen Teilen Schlesiens laufen Meldungen ein über nationalsozialistische Terrorakte. Der Wahlkampf der Eisernen Front, soweit ihn nicht Verbote der Polizeibehörden hindern, ist durch diese Gewaltakte der SA fast vollständig unterbunden. In den vorwiegend agrarischen Kreisen rechts der Oder können seit Tagen keine Wahlkundgebungen der SPD stattfinden. Sogar in geschlossene Mitgliederversammlungen dringen die Nazis ein.

In der Gleiwitzer Geschäftsstelle des "Oberschlesischen Volksblattes" wurde in der Nacht zum Freitag wieder die Schaufensterscheibe zertrümmert. In die Geschäftsstelle des "Oberschlesischen Volksboten" in Oppeln drangen am Freitag mehrere mit Spaten bewaffnete SA-Leute ein. Sie bedrohten den Geschäftsführer, dem das Ueberfallkommando zu Hilfe kommen musste. Am Tage zuvor waren ebenfalls SA-Leute in den gleichen Raum eingedrungen. Eine 19-jährige weibliche Angestellte wurde schwer misshandelt. In Beuthen haben SA-Leute die Geschäftsstelle des sozialdemokratischen Parteiblattes völlig zertrümmert. Die Angestellten können wegen dauernder Bedrohung durch die Hakenkreuzler ihre Arbeitsräume nicht mehr betreten. Die SA-Leute haben einen ständigen Wach-

dienst vor der Beuthener Geschäftsstelle eingerichtet. Die Polizei erklärt sich ausserstande, den Schutz der Angestellten zu übernehmen.

In Beuthen wurde in der letzten Nacht der 53 Jahre alte jüdische Altwarenhandler Steiner in seiner Wohnung durch Kopfschuss getötet. Die Täter sind entkommen. Die republikanische Bevölkerung zweifelt nicht, dass es sich um einen politischen Mord handelt.

Die Grenzland-Volkshochschule der Freien Gewerkschaften Oberschlesiens, das Karl Legien-Heim in Gleiwitz, wurde am Freitag mittag von reichlich 100 SA-Leuten unter Führung des nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Preis besetzt. In diesem Heim ist ein Arbeitslager der Stadt Gleiwitz eingerichtet mit 40 Jungbannerkameraden, 40 im Jugendnotwerk beschäftigten jungen Leuten und 20 in einem Arbeitslager der Winterhilfe tätigen Mädchen. Die Heiminsassen wurden von den bewaffneten SA-Leuten herausgeprügelt. Gegen Abend wurde das Heim von der SA, auf Anordnung des Polizeipräsidenten, wieder geräumt.

Sämtliche Druckmaschinen der Breslauer "Volkswacht" wurden am Freitag von der Polizei versiegelt. Eine Begründung dieser Massnahme wurde nicht gegeben.

SPD. München, 3. März (Eig. Drahtb.)

Ein starker Beweis für das wachsende Vertrauen in die Stabilität des bayerischen Staates ist die Tatsache, dass die seit 15. Februar aufliegende sechszwanzigprozentige neue Serienanleihe, deren Zeichnungsfrist am 4. März zu Ende geht, eine 50prozentige Ueberzeichnung des aufgelegten Betrages (40 Millionen Mark) aufweist. Dem bayerischen Finanzministerium stehen also über 20 Millionen mehr zur Verfügung, als es zur Umschuldung der am 1. Juni fälligen 35 Millionen-Anleihe nötig hat. Dabei ist bemerkenswert, dass die alten Gläubiger die Möglichkeit zu Umtauschzeichnungen bei weitem nicht in dem ihnen eingeräumten Masse benutzt haben.

SPD. Der preussische Ministerpräsident Braun übergibt der Öffentlichkeit eine Erklärung, die sich auf einen WTB-Bericht aus der Münchener Rede des Reichskanzlers Hitler bezieht. Danach hätte Hitler gesagt, Braun erkläre mit erstaunter Miene: "Wir können Sie sagen, dass wir etwa zwei Millionen veruntreut haben? Wir haben sie ausgegeben für unsere Partei." Demgegenüber erklärt Ministerpräsident Braun, dass er niemals etwas Derartiges gesagt habe und auch nicht sagen konnte, weil es der Wahrheit nicht entspricht.

SPD. Mannheim, 3. März (Eig. Drahtb.)

Der Polizeipräsident von Mannheim hat einen für Freitag-Abend angemeldeten Umzug der Eisernen Front nur in einer Stärke von 1200 Teilnehmern gestattet. Das Gleiche gilt für den am Sonnabend stattfindenden Demonstrationszug der NSDAP.

SPD. München, 3. März (Eig. Drahtb.)

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat in Regensburg eine ungewöhnlich mutige Rede gehalten, der wir folgendes entnehmen:

"Nie ist mit dem Wort "national" ein grösserer Unfug getrieben worden, nie hat soviel Egoismus dahinter gesteckt als heute, wo es vielfach nur für

politisch Dummen berechnet ist. 1914 hat man niemanden als minderen Deutschen behandelt, da durfte sich jeder in der ersten Reihe beschiessen lassen. Wenn die heutigen Machthaber betonen, dass sie ungeachtet des Wahlausganges auch nach dem 5. März an der Macht bleiben wollen, so ist das eine furchtbare Ueberhebung und eine abgrundtiefe Verachtung der Rechte des deutschen Volkes. Jeder Wähler muss sich gerade diesen Umstand besonders vor Augen halten.

Wenn man von "Novemberverbrechen" redet, so darf wohl betont werden, dass nicht an aller heutigen Not das Novemberverbrechen von 1918 schuld ist. Wo wären wir alle 1918 wohl hingekommen, wenn wir zur Mitarbeit nicht vernünftige Sozialdemokraten an unserer Seite gehabt hätten. Wenn die Herren betonen, dass sie 10 Jahre brauchten, um den Marxismus auszurotten, so bin ich schon der Meinung, dass man dazu länger als 10 Jahre gebraucht. Manches marxistische Gedankengut ist überhaupt unausrottbar. Wo aber waren denn die Herren 1918, die heute das Maul so gross aufreissen. Wir lassen uns jedenfalls diese Verleumdungen nicht länger gefallen von Leuten, die beim Zusammenbruch 1918 noch nicht einmal in Deutschland waren.

In Deutschland ist zurzeit anstelle des Rechts die Willkür getreten. Man hat zwar noch einen Staatsgerichtshof, aber seine Urteile werden nicht beachtet. Wesentliche Verfassungsbestimmungen sind ausser Kraft gesetzt. An die Stelle der Freiheit ist der Zwang getreten. Auch die gedankliche Freiheit ist dahin. Die freie Meinungsäusserung ist in einer Art der Anwendung unterdrückt, die zum Himmel schreit. Ganze Serien von Blättern werden verboten, nur weil sie einer Parteirichtung angehören. Andere Blätter dürfen fuhrwerken wie sie wollen. Ich bin nicht für Pressofrechheit, aber die Pressefreiheit ist ein hohes Gut der Nation. Das Volk muss seinen Einfluss auf die Regierung behalten. Heute aber will man die Diktatur. Das alles kann sich nicht lange halten, denn es hat mit sittlichen Grundsätzen nichts mehr zu tun. Man kann nicht die Mörder von Potempa verherrlichen, man kann nicht den Arbeitern ein Leben voll Schönheit versprechen, um gleichzeitig mit den Unternehmern zu verhandeln, wie man Tarife zerbrechen kann." (Stürmischer Beifall)

SPD. Im Reichsrat, der am Freitag-Abend im Bundesratssaal des Auswärtigen Amtes zusammengetreten war, stand der Brand im Reichstag im Vordergrund der Erörterungen. Die Regierungsvertreter verweigerten insbesondere auf die Frage, inwieweit der gegen die Sozialdemokratie in amtlichen Meldungen geäusserte Verdacht sich als berechtigt erwiesen habe, jede Antwort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung richtete der Vertreter der Provinz Hessen-Nassau, Landesrat Witte, eine Reihe von Fragen an den Staatssekretär. Er wünschte Auskunft, wie weit die Untersuchung in der Brandstiftungssache gediehen sei. Er wies darauf hin, dass eine der grössten politischen Parteien verdächtigt worden sei, an dieser Brandstiftung irgendwie beteiligt zu sein. Dem hielt er entgegen, dass die Erhaltung des Rheinlandes und anderer Provinzen während der Besetzung durch Engländer und Franzosen zum Teil der Tätigkeit der Gewerkschaften zu danken sei, und dass er selbst von den Franzosen ausgewiesen worden sei mit der Begründung, er gehöre zu einer Partei, die den schärfsten Kampf gegen die Besatzung geführt habe. Er wies weiter auf das Zeitungs- und Versammlungsverbot gegen die Sozialdemokratische Partei hin. -

Staatssekretär Pfundtner erwiderte, er sei leider nicht in der Lage, darauf eine Antwort zu erteilen, da die Untersuchung von den zuständigen Organen geführt werde. Im Übrigen glaube er nicht, dass die Angelegenheit sich zur Beratung im Reichsrat eigne.

Der Vertreter der Provinz Sachsen, Regierungspräsident a.D. Weber, bat um eine Äusserung der Reichsregierung zu dem letzten Erlassendes Reichskom-

missars für das preussische Innenministerium, Goering, die nach seiner Auffassung nicht mit den Artikeln 109 und 114 der Reichsverfassung in Einklang gebracht werden könnten. Art. 114 erkläre die Freiheit der Person für unverletztlich und Art. 109 sage, alle Deutschen seien vor dem Gesetze gleich. Ein Erlass des Ministers Goering zur Förderung der nationalen Bewegung bezeichne jedoch nur SA, SS und Stahlhelm als nationale Verbände und betrachte die Verbände, Sport- und Wehrorganisationen, wie das Reichsbanner und die Jugendorganisationen des Zentrums nicht als national, sondern rechnen sie zu den feindlichen Gruppen. Ein zweiter Erlass an die Beamten stelle für diese einen unerträglichen Gewissenszwang für diese auf. Staatssekretär Pfundtner machte den Redner darauf aufmerksam, dass der Reichsrat eine ganz andere Tagesordnung zu erledigen habe.

Weber erwiderte, er habe als Mitglied des Reichsrats das Recht, an die Reichsregierung Anfragen zu stellen. Er vertrat die Auffassung, dass der Beamtenerlass nicht mit Art. 130 der Reichsverfassung in Einklang stehe. Schließlich wandte er sich noch gegen den Erlass über die Hilfspolizei und dagegen, dass Schutzpolizeibeamte in voller Uniform mit der Hakenkreuzfahne durch Berlin marschiert seien. Er fragte, ob die Reichsregierung der Meinung sei, dass solche Dinge sich mit dem Begriff Rechtsstaat vereinbaren liessen? - Staatssekretär Pfundtner: Ich bin zu meinem Bedauern nicht in der Lage, auf diese Anfrage zu antworten, da es sich um innerpreussische Angelegenheiten handelt.

Der Vertreter der Provinz Westfalen, Stadtrat Gilsing, erklärte es für selbstverständlich, dass die Reichsregierung alle möglichen staatlichen Massnahmen gegen die gemeinen Verbrecher anwende, die die Brandstiftung im Reichstag veranlasst hätten. Tief bedauerlich sei es aber, wenn Personenkreise verächtigt würden, ohne genügenden Rechtsgrund. Die Bezeichnung einzelner Verbände als national unter Ausschluss zahlreicher anderer Verbände hielt der Redner für durchaus ungerecht. Dies sei die Auffassung der Provinzen Rheinland, Westfalen und Grenzmark Posen-Westpreussen.

Landesrat Witte beantragte, die Sitzung auf eine Stunde zu vertagen, und die verantwortlichen Minister zur Auskunfterteilung herbeizurufen. Dieser Antrag fand jedoch nicht genügend Unterstützung.

Regierungspräsident a.D. Weber: Ich möchte feststellen, dass die Anfrage der Regierung ausserordentlich unbequem ist, und dass sie sie deshalb nicht mehr vor den Wahlen beantworten will.

Bayerischer Gesandter Sperr: Ich erinnere an den Beschluss des Reichsrats, wonach bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs nur dringliche Angelegenheiten zur Beschlussfassung gestellt werden sollen. Die heutige Tagesordnung trägt diesem Beschluss nicht in allen Teilen Rechnung. Da die Angelegenheiten aber nun einmal auf der Tagesordnung stehen, will ich nichts gegen ihre Beratung einwenden. Ich wünsche jedoch, dass dem Beschluss in Zukunft Rechnung getragen wird. Im übrigen beziehe ich mich auf die Rechtsverwahrung, die ich in der vorigen Sitzung ausgesprochen habe.

Landesrat Witte beantragte darauf, die nicht beantworteten Anfragen dem zuständigen Ausschuss des Reichsrats zu überweisen. - Regierungspräsident a.D. Weber formulierte die Anfragen dahin, dass Auskunft gewünscht würde darüber, ob es richtig sei, dass Sozialdemokraten an der Brandstiftung im Reichstag beteiligt seien. Ferner wird Auskunft gewünscht über den Gang der Untersuchung und schliesslich darüber, ob die Erlasse des Reichskommissars für das preussische Innenministerium mit der Reichsverfassung in Einklang ständen. Die Ueberweisung an den Ausschuss wurde beschlossen.

SPD. Frankfurt/M., 3. März (Eig. Dr.)

Die Frankfurter Polizei hat am Freitag sämtliche Räume der sozialdemokratischen "Volksstimme" durchsucht. Zeitungen, Matern und Flugblätter älteren Datums wurden beschlagnahmt. Die Druckerei wurde stillgelegt. Angeblich wird durch den Druckereibetrieb die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet.

SPD. Detmold, 3. März (Eig. Drahtb.)

Die lippische Landesregierung hat für den Bereich des Freistaates Lippe die Einstellung von 100 Hilfspolizeibeamten aus den "nationalen" Verbänden angeordnet, die bereits in Aktion getreten sind. Am Freitag-Nachmittag erschienen zwei SS-Leute mit Hilfspolizei-Armbinden in dem Verlagsgebäude des sozialdemokratischen "Volksblatt", wo sie ohne schriftlichen Ausweis und ohne dass ordnungsmässige Polizeibeamte sich in ihrer Begleitung befanden, nach verbotenen politischen Schriften suchten. Auf den Protest der Verlagsleitung wurde später ein Polizeiinspektor hinzugezogen. Die Durchsuchung verlief ergebnislos.

Das sozialdemokratische "Volksblatt" Detmold ist bis zum 11. März verboten worden. Eine bereits gedruckte Werbeauflage wurde beschlagnahmt. Gegen den Redakteur des "Volksblatt", Fechenbach, wurde für öffentliche Versammlungen ein Redeverbot verhängt.

In Hiddesen haben Nationalsozialisten auf den früheren SA-Mann Winkelmann einen Mordanschlag verübt. Die Schüsse trafen den Hund des Überfallenen. Winkelmann wurde in Schutzhaft genommen.

SPD, Stuttgart, 3. März (Eig. Drahtb.)

Der württembergische Wirtschaftsminister Dr. Maier führte in einer demokratischen Versammlung in Stuttgart u.a. aus:

"Wir brauchen keinen Nazivogt im Lande Württemberg, wir waren bisher Manns genug, unser Land ohne Berliner Mitwirkung zu verwalten, und wollen das auch fernerhin tun. Wäre der Reichstag in Württemberg gestanden, er wäre bestimmt nicht abgebrannt.

Hat man sich überhaupt einmal Rechenschaft gegeben, was süddeutsche Politiker aus der Schule der Demokratie am Kriegsende an Aufgaben, an undankbaren Aufgaben bewältigt haben? Die Vertreter des patentierten Preussentums haben damals "weggemacht", die ganze Liquidation des Krieges hat man vertrauensvoll süddeutschen Politikern in die Hand gedrückt: Von Prinz Max von Baden über süddeutsche Demokraten, süddeutsche Zentrumsführer, über den Schwaben Gröner bis zu dem süddeutschen Sozialdemokraten Ebert. Diese Leute sind damals hochwillkommen gewesen, sind hineingestanden in die Flut; sie haben heute Teufels Dank im wahrsten Sinne des Wortes. Immer wieder wird Deutschland in Krisen hineingerissen, weil der preussische Schneid mit der Berliner Regierung durchgeht."

SPD. Die politische Polizei hat am Freitag-Abend das Bild des Reichstagsbrandstifters bekannt gegeben und der Presse zugleich über den Stand der Untersuchung einige Mitteilungen gemacht.

Der festgenommene Attentäter - so wurde von massgebender Stelle erklärt - sei tatsächlich der Holländer Marinus van der Lubbe. Er sei in Leyden geboren, 24 Jahre alt und im Besitz eines ordnungsgemäss ausgestellten Passes. Bei der Verhaftung habe er den Pass in der hinteren Hosentasche getragen. Seine Verbindung mit der KPD stehe fest. Van der Lubbe beherrsche die deutsche Spra-

che. Wiederholt habe er sich als Diskussionsredner an kommunistischen Veranstaltungen beteiligt. Auch sei er als kommunistischer Diskussionsredner in sozialdemokratischen Versammlungen aufgetreten.

Ueber den von den Regierungsstellen gegen die Sozialdemokratie geschleuderten Vorwurf, der Attentäter habe "mit der Sozialdemokratie in Verbindung" gestanden, gingen die massgebenden Stellen bei ihren Mitteilungen über den Stand der Untersuchung mit vollkommenem Stillschweigen hinweg.

Auf die Frage, wie es denn mit der Behauptung stehe, dass der Attentäter kurz vor der Brandstiftung in Gesellschaft der kommunistischen Abgeordneten Torgler und Koenen gesehen worden sei, lautete die Antwort, es sei darüber nichts bekannt. Nach wie vor halten die massgebenden Stellen daran fest, dass mehrere Attentäter in Frage kommen; sie können jedoch auf die Frage, warum der keiner von den anderen Tätern gefasst worden sei, keine befriedigende Antwort geben; sie erklären sich bis jetzt dieses Rätsel einfach damit, dass eben nur van der Lubbe es nicht verstanden habe, sich aus dem Staub zu machen.

Das Material, das im Liebknechthaus beschlagnahmt worden ist, wird einstweilen nicht veröffentlicht. Das Material - so wird von massgebender Stelle erklärt - sei so umfangreich, dass eine Sichtung und Prüfung ungeheuer viel Zeit in Anspruch nehme. Eine Veröffentlichung des Material komme jedenfalls solange nicht in Frage, als die Gefahr eines kommunistischen Aufstandes bestehe. Man wolle der KPD mit der Veröffentlichung nicht einen Dienst erweisen.

Die Mitteilungen der politischen Polizei sind noch immer reichlich unbefriedigend. Nur eine Tatsache steht bereits jetzt unerschütterlich fest: von einer Verbindung des Attentäters mit der Sozialdemokratie ist absolut keine Rede. Trotzdem bleibt die sozialdemokratische Presse rücksichtslos unterdrückt!!

SPD. Die Betriebsratswahlen bei den Berliner Städtischen Wasserwerken haben genau so wie die Wahlen bei den Elektrizitäts- und Gaswerken die erfreuliche Feststellung gebracht, dass die freigewerkschaftliche Front auch in diesen stürmischen Tagen vollkommen unerschüttelt geblieben ist. Bei den Wahlen zum Arbeiterrat wurden 1 063 (1931 = 1 182) Stimmen abgegeben; davon erhielten die Freien Gewerkschaften 677 (752), Kommunisten 369 (422). Mandate erhielten die Freien Gewerkschaften 7, die Kommunisten 4; die Mandatsverteilung blieb also wie 1931.

Bei den Wahlen zum Angestelltenrat wurden 661 (633) Stimmen abgegeben; davon erhielten die Freien Gewerkschaften 270 (276), Komba (DBB) 239 (350), Nazis 149 (0). Mandate erhielten die Freien Gewerkschaften 4 (1931: 4), Komba 3 (5), Nazis 2.

SPD. Der Reichspräsident hat auf seine Beschwerde des Vorsitzenden des Republikanischen Lehrerbundes über Äusserungen Hitlers gegen den ersten Reichspräsidenten Ebert u.a. folgendes antworten lassen:

"Unbestritten ist sein (Eberts) Verdienst um die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in Deutschland nach dem Zusammenbruch unseres Volkes. Das wird jederzeit dankbar vom deutschen Volke, auch von seinen politischen Gegnern anerkannt werden. Sein Streben war immer darauf gerichtet, dem deutschen Volke treu zu dienen."

Die Nazis dürften trotzdem dabei bleiben, dass wir Sozialdemokraten "Novembervbrecher" sind.

SPD. Das Snellgericht in Berlin verurteilte am Freitag den Herausgeber der christlich-pazifistischen "Chronik der Menschheit", den ehemaligen Bataillonskommandeur Georg Lichey wegen Beleidigung Hugenburgs zu fünf Monaten Gefängnis.

Der Staatsanwalt hatte vier Monate beantragt. Wie in der Zeitschrift enthaltenen Vorwürfe gegen Hugenburg waren einem Artikel entnommen, der durch die Nazipresse gegangen und ein zugkräftiges Propagandamittel der Nazipartei gegen den jetzigen Verbündeten Hugenburg gebildet hatte. Der Verfasser der Artikel und Mitangeklagte Redakteur Gebhard war vor Gericht nicht erschienen.

In den Artikeln war Hugenburg vorgeworfen worden, er habe als ehemaliger Direktor von Krupp von einem Vertrag zwischen Krupp und der englischen Munitionsfabrik Vickers mitgewirkt und dabei Millionen verdient.

SPD. Der Führer der KPD, Reichstagsabgeordneter Thälmann, ist am Freitag Nachmittag in Berlin verhaftet worden. Die "nationale" Presse hatte ihn noch am Freitag-Vormittag in Kopenhagen gesehen, wohin er angeblich mit zwei Sekretärinnen geflohen war.

Der sozialdemokratische Stadtrat Ahrens-Berlin ist in Schutzhaft genommen worden.

SPD. Ausgerechnet zwei Tage vor der Wahl fühlt sich die Reichsregierung plötzlich in der Lohnfrage zu einer Stellungnahme veranlasst. Sie lässt erklären, dass sie eine Kürzung der Tariflöhne für wirtschaftlich unfruchtbar halte.

Der Lohndruck der Unternehmer hatte in den letzten Wochen seit dem Amtsantritt der Hitlerregierung wieder scharf eingesetzt, und sogar verschiedene Ministerien beeilten sich, einen neuen Lohnabbau in Bewegung zu bringen. Nur dem Widerstand der Gewerkschaften war es zu verdanken, wenn die neuen Lohnabbauforderungen, so vor allem im Baugewerbe, zu einem gut Teil abgewehrt wurden.

Für die Wasserstrassenarbeiter ist ein Schiedsspruch gefällt und angenommen worden. Im wesentlichen bleibt es bei den alten Löhnen. Die Kürzungsanträge des Reichsverkehrsministeriums sind fast restlos abgewehrt worden. - Für den Bezirk Hamburg - Kiel wird in der nächsten Woche noch vor der Schlichterkammer verhandelt.

SPD. Dresden, 3. März (Eig. Drahtb.)

In Sachsen wurden die sozialdemokratische "Dresdner Volkszeitung" und die Meissener "Volkszeitung" verboten.

SPD. Dresden, 3. März (Eig. Drahtb.)

Die Thode'sche Papierfabrik in Rheinsberg bei Dresden hat in einer Beschwerde an die Amtshauptmannschaft darauf hingewiesen, dass fünf ihrer Arbeiter auf dem Heimweg von der Arbeitsstätte von 25 bis 40 Leuten, z.T. in SA-Uniform, überfallen worden sind. Die Firma schreibt, der Ueberfall müsse planmässig vorbereitet gewesen sein. Sie ersucht die Aufsichtsbehörde um beschleunigte Untersuchung und um Massnahmen, die ihrer Belegschaft einen sicheren Weg von und zur Arbeitsstätte gewährleisten.

SPD. London, 3. März (Eig. Drahtb.)

Die in Tokio amtlich verbreitete Statistik beziffert, nach dem letzten Stand, die Zahl der Opfer des Erdbebens und der Sturmflut-Katastrophe auf 541 Tote, 404 Vermisste und rund 1000 Verletzte.

SPD. Die thüringische Regierung hat der gesamten sozialdemokratischen Presse Thüringens den Aufruf der Reichsregierung vom 1. Februar als Auflage-
nachricht gesandt.

SPD. Hamburg, 3. März (Eig. Drahtb.)

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Hamburger Senates haben am Freitag aus Protest gegen das Verbot des "Hamburger Echo" ihre Aemter niedergelegt. Sie sind damit aus der Hamburger Regierungskoalition ausgeschieden, der sie seit 1919 ununterbrochen angehört haben.

Die Meldungen, dass die Hamburger Staatspartei eine Koalition mit den Nazis eingegangen sei, ist unzutreffend. Bisher hat der Führer der Hamburger Staatspartei, Bürgermeister Petersen erklärt, er werde seinen Posten und sein Bürgerschaftsmandat niederlegen, wenn seine Partei eine Verbindung mit den Nazis eingehen würde.

Aus aller Welt

Erdbeben in Japan!

Ueber 1 000 Tote - Katastrophale Verheerungen - Küstenstädte ins Meer gerissen - Brände und Sturmfluten.

SPD. Der nördliche Teil der japanischen Hauptinsel Hondo wurde von einem katastrophalen Erdbeben heimgesucht.

Das Zentrum der Erschütterungen lag in Tokio, der grösste Schaden entstand in den älteren Küstenstädten der Provinzen Miyagi, Fukuschima und Iwate. Das Erdbeben war von einer gewaltigen Flutwelle, durch die Hunderte von Wohnhäusern ins Meer gerissen wurden, gefolgt. Einige Fischerdörfer sind vollkommen von der Erdoberfläche verschwunden. Ueber 1200 zum Teil bemannte Fischerboote wurden ins offene Meer getrieben; viele von ihnen sanken; ihre Insassen ertranken. Die Zahl der Todesopfer der Katastrophe steht noch nicht fest; allem Anschein nach sind weit über 1 000 Menschen ums Leben gekommen, während eine vielfache Zahl von Personen Verletzungen erlitt oder infolge der ausgetretenen Angst schweren seelischen Schaden davontrug.

Aus den einzelnen japanischen Städten jagt eine Schreckensmeldung die andere. In der Küstenstadt Kamaischi in der Provinz Iwate wurden nach den ersten Erdstössen bereits mehr als 1 000 Häuser von einer Springflut ins Meer gerissen; etwa 2 000 Gebäude, die stehen geblieben waren, fielen einem Grossfeuer zum Opfer. Allein in dieser Stadt haben 84 Menschen in kurzer Zeit den Tod gefunden, 330 werden noch vermisst, ausserdem zählt man 1 800 Verletzte. Nach einem vom japanischen Innenministerium ausgegebenen Bericht sind durch die Flutwelle insgesamt 2 354 Häuser eingerissen und weggeschwemmt worden; 300 Häuser wurden eingeäschert, 1898 durch das Erdbeben zum Einsturz gebracht und 2 096 erheblich beschädigt. In der Küstenstadt Mijako ist ein Teil der 130 Meter langen Landungsbrücke eingestürzt. In Tokio und Yokohama schwankten die Gebäude so heftig, dass die Bevölkerung, getrieben von der Erinnerung an die Erdbebenkatastrophe im Jahre 1923, in panikartiger Angst auf Strassen und freie Plätze flüchtete. In einem grossen Teil des Landes sind die Telefon- und Telegrafienlinien zerstört, wodurch die Nachrichtenübermittlung erheblich erschwert ist. Die in der Marinestation Ominat liegenden Kreuzer lichteten die Anker und liefen nach den Häfen der betroffenen Ortschaften aus, um den Katastrophenopfern Lebensmittel und Arzneien, zu bringen; ausserdem sind Aerzte und Sanitätspersonal an Bord der noch durch eine Reihe von Torpedobootszerstörern ergänzten Hilfsflotte. Das japanische Luftfahrtministerium hat Flugzeuge eingesetzt, die über die im Innern der Provinz entstandenen Schäden Erkundungen anstellen sollen.

+

Das japanische Erdbeben wurde auch von den deutschen Erdbebenwarten aufgezeichnet. Von der Reichsanstalt für Erdbebenforschung in Jena wird bekannt gegeben, dass ihre Instrumente seit Bestehen der Anstalt noch niemals ein derart starkes Erdbeben aufgezeichnet haben. Die Registrierung der Erschütterungen währte vier Stunden lang; erst dann kamen die Apparate wieder zur Ruhe. Die Stuttgarter Erdbebenwarte bezeichnet das japanische Erdbeben als das stärkste in den letzten 30 Jahren.

Obschon sich die Zahl der Erdbeben in letzter Zeit bedrohlich erhöht zu

haben scheint, zeigt - nach wissenschaftlicher Behauptung - ein Vergleich mit den seismografischen Aufzeichnungen der früheren Jahre, dass die jährliche Durchschnittszahl der Erdbeben sich nicht gesteigert hat. Indessen bringt es die anhaltende Vervollkommung der Nachrichtentechnik mit sich, dass neuerdings jedes Erdbeben, wo es sich auch immer ereigne, bekannt wird, während frühere Katastrophen kleineren Umfanges publizistisch nicht oder wenig in Erscheinung traten. Das grösste Erdbeben Japans, das mit seinen schroffen Höhenübergängen ähnlich Kalifornien oder Chile besonders erdbebengeeignet ist, ereignete sich am 1. September 1923: 99 313 Menschen kamen ums Leben; 128 266 Häuser wurden völlig, 126 233 teilweise zerstört, und fast 500 000 Häuser wurden eingeeäschert. Yokohama ist damals vollständig, Tokio bis auf einige Strassenzüge dem Erdboden gleich gemacht worden.

Liebesdrama. In einem Wiener Maleratelier wurde der 27jährige aus Pressburg stammende Maler Istvan Horvath mit erschossener Schläfe tot aufgefunden. Neben ihm lag, mit einer schweren Schussverletzung im Kopf, seine 19jährige Freundin, die Tochter des Feldmarschalleutnants a.D. Alexander Kuchinka. Das junge Mädchen wehrte sich mit allen Kräften gegen ärztliche Hilfe. Allem Anschein nach hat das Paar gemeinsam aus dem Leben scheiden wollen.

Operation mit Musik. Die Patienten der Klinik von Bradford werden seit kurzer Zeit bei Operationen nicht mehr allgemein narkotisiert, sondern mit einem Serum geimpft, das schmerzunempfindlich, aber nicht bewusstlos macht. Während der Operation werden den Patienten Radiokopfhörer umgeschallt, durch die die Uebertragung von Tanzmusik vermittelt wird. Die leitenden Aerzte der Bradforder Klinik erklärten, dass sie mit ihrer kombinierten Betäubungs- und Beruhigungsmethode gute Erfolge erzielt haben.

Ein feuriger Schweinezüchter. Das Schwurgericht III Berlin verurteilte den 29 mal vorbestraften 76jährigen Angeklagten Rathke wegen Brandstiftung zu 1½ Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust. Rathke war in einem Wanderer- Arbeiterheim in Straussberg bei Berlin als Schweinefütterer beschäftigt. Als er eines Tages vor Arbeit nicht aus noch ein wusste, zündete er - "vor Wut", wie er sich ausdrückte - das Stroh im Stall an, weil er den Schweinen, die ihm so viel Arbeit machten, "eins auswischen" wollte. Die Tat hatte schwere Folgen.

Angst vor Erblindung. Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den der Steuerhinterziehung und des Devisenvergehens beschuldigten, bisher unbestraften Zahnarzt Dr. T. zu fünf Monaten Gefängnis und 28 000 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte versuchte seine strafbaren Handlungen damit zu entschuldigen, da er am Grauen Star erkrankt sei, Erblindung und damit den Verlust seiner Praxis gefürchtet habe.

Der Baum als Zeuge. Vor einem Berliner Kammergericht erschien am Freitagmorgen ein 8 Meter hoher und 60 Zentner schwerer Zeuge: eine Fichte, die, gemeinsam mit zehn anderen ihrer Art, ein Villenbesitzer von einem Baumschuleninhaber gekauft hatte, um sein Grundstück gegen den Strassenlärm abzuschliessen. Der Villenbesitzer war mit dem Kauf nicht zufrieden gewesen, weil er ihn vor dem Lärm, dem er zu Leibe ziehen wollte, nicht geschützt habe. Es kam in dieser Holzerei zum Prozess und zu vielen Terminen; selbst das Reichsgericht beschäftigte sich mit dem Baun - endlich hat man sich jetzt nach fünf Jahren geeinigt: die Fichten sollen bezahlt werden, wachsen, blühen und gedeihen.



Spiel mit Zahlen.

(Die Notstandsaktion der Reichsregierung.)

SPD. In grosser Aufmachung bringt die deutschnationale und die national-sozialistische Presse die Nachricht, dass die Regierung Hitler versprochen hat, 700 000 Zentner Roggen und 40 000 Zentner Butter für die Notstandsgebiete zur Verfügung zu stellen.

700 000 Zentner Roggen und 40 000 Zentner Butter - das hört sich auf den ersten Augenblick grossartig an. Aber man treibt hier nur ein Spiel mit Zahlen. Wenn man sich an die handelsübliche Ausdrucksweise halten will, dann handelt es sich um 2000 Tonnen Butter und 35 000 Tonnen Roggen, also z.B. Roggenmengen, wie sie die Reichsregierung an der Berliner Getreidebörse in wenigen Tagen zur Hochhaltung der überteuerten Getreidepreise aufzukaufen pflegt. Wie soll mit diesen Mengen, so fragen wir, die Not der 6 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter, die nun schon seit Jahren beschäftigungslos sind und hungern müssen, gebannt werden? Es ist ein Tropfen auf den heissen Stein! Die Not wird nicht gelindert. Sie besteht weiter.

Die wenigen, die von der Aktion der Regierung Hitler etwas haben werden, bekommen das Brot aber keineswegs kostenlos, wie vielfach in der Presse behauptet wird. Kostenlos wird nur das Getreide abgegeben. Den Mehl- und Backlohn müssen die Unterstützten selbst bezahlen. Die Getreidekosten machen beim Brotpreis etwa 43 % aus. Danach wird das 2½-Pfundbrot den Unterstützten immer noch rund 25 Pfennig kosten. Das kann man keine kostenlose Brotbelieferung nennen! Wenn die Regierung in Deutschland die Getreidepreise nicht überteuerte, würde das Brot, auch ohne Regierungsunterstützung, kaum mehr als 25 Pfennig kosten.

Die Regierung wird die 2000 Tonnen Butter und die 35 000 Tonnen Roggen wohl aus den Beständen nehmen, die sie im Laufe der Zeit zur Stützung der Roggen- und Butterpreise aufgekauft hat. So sind u.a. riesige Roggenmengen an der Berliner Börse aufgekauft worden, um die Roggenpreise hochzuhalten. Heute bezahlen wir in Deutschland pro Tonne Weizen 200 Mark und für Roggen etwa 155 Mark. Ohne die Stützungskäufe der Regierung würde der Preis für Roggen und Weizen weit niedriger liegen und die deutschen Agrarier sind sicherlich in der Lage, angesichts der gefallen Selbstkosten Roggen und Weizen zu einem Preis von etwa 120 Mark pro Tonne zu liefern. Es ergibt sich also folgendes Bild: Mit Hilfe des Geldes der Steuerzahler werden dem Verbraucher die Brotpreise verteuert. Aus den aufgekauften Mengen gibt die Regierung 35 000 Tonnen ab, weil sie nicht weiss, wohin sie mit diesen, zu Stützungszwecken aufgekauften Roggenmengen soll.

Was den wenigen Notleidenden jetzt durch die Regierung geschenkt wird, haben diese in Form überteuerter Getreide-, Mehl- und Brotpreise schon seit langem zu viel gezahlt. Eigenartig erscheint diese Verbilligungsaktion auch, wenn man sie im Zusammenhang mit den von der Regierung Hitler getroffenen Zollmassnahmen betrachtet. Allein die Schmalzzollerhöhung belastet die deutschen Konsumenten, die ausländisches Schmalz essen, also gerade die Ärmsten der Armen in den Notstandsgebieten, mit jährlich etwa 55 Millionen Mark. Die Gratislieferung von Butter und Roggen, die jetzt die Regierung Hitler versprochen hat, macht demgegenüber nur etwa 9 Millionen Mark aus. 55 Millionen

gegen 9 Millionen Mark - das ist ein schlechtes Geschäft für die Verbraucher. Dabei werden die Wirkungen anderer Zollerhöhungen, die die Regierung Hitler vorgenommen hat, noch gar nicht berücksichtigt.

Mit 2000 Tonnen Butter und 35 000 Tonnen Roggen kann man die ungeheure Not in Deutschland nicht bannen. Warum trifft die gegenwärtige Regierung aber nicht Massnahmen, um die Millionen, die nun schon seit Jahren hungern, sattzumachen? Die Sozialdemokratie hat immer wieder Anträge eingebracht, die die kostenlose Belieferung der Arbeitslosen mit Kohle, Fleisch, Brot usw. forderten. Der entsprechende sozialdemokratische Antrag sieht die Belieferung jedes notleidenden Haushaltes wöchentlich mit 4 Pfund Brot, 1 Pfund Fleisch und 20 Zentnern Kohle vor. Die Sozialdemokratie zeigt auch in ihrem Antrag den Weg, diese Lieferungen zu bezahlen. Die erforderlichen Mittel können durch Aufhebung der Subventionen an die Grossagrariere und an die Chemie- und Kohlenindustriellen aufgebracht werden. Dass die Regierung Hitler Neigung hat, auf diese Vorschläge einzugehen, davon ist leider nichts zu hören. Und doch bleibt uns nichts anderes übrig, als diesen Weg zu gehen. Wenn das Reich der Industrie, den Kohlenindustriellen und den Grossagrariern Subventionen zur Verfügung stellt, ihnen die Steuer stundet bzw. erlässt usw., dann ist es nur recht und billig, wenn das Reich dafür Roggen, Kohlen, Butter und Fleisch fordert, um den notleidenden Teil der Bevölkerung sattzumachen.

SPD. Die amerikanische Bankenkrise spitzt sich weiter zu. Augenblicklich sieht die Situation folgendermassen aus :

In 28 von den 48 amerikanischen Bundesstaaten sind Bankfeiertage oder Abhebungsbeschränkungen verhängt (jetzt auch schon im Bundesstaat Washington). New York selbst ist zwar noch von einschränkenden Massnahmen verschont geblieben, beunruhigend ist aber der Zusammenbruch eines grossen New Yorker Emissionshauses, das Pfandbriefe im Betrage von 800 Millionen Dollar ausgegeben hat. Der Ansturm auf die Notenbanken hält weiter an. Insgesamt hat der Goldbestand der amerikanischen Notenbanken um 326 Millionen Dollar abgenommen. Auch einige Börsenschliessungen sind bereits erfolgt. Als Gegenmassnahme wurde der Bankdiskont in New York und in einigen anderen Städten um 1 % erhöht.

Diese Meldungen lassen noch immer ein energisches Eingreifen des Staates, vor allem in der Richtung der Reorganisation des absolut unfähigen amerikanischen Bankensystems, vermissen. Unglücklicherweise fällt auch gerade in diese Tage der Präsidentenwechsel, wodurch alle politischen Entscheidungen verschleppt werden.

SPD. Die Benzinkonvention hat in mehreren Wirtschaftsgebieten eine Senkung der Benzinspreise bis um 3 Pfennige durchgeführt. Allerdings beruht diese Senkung nicht auf der Einsicht der Konventionsfirmen, dass die Preise unerhört überteuert sind und früher oder später zum Erliegen der ganzen Kraftfahrzeugwirtschaft führen müssen. Vielmehr haben die hohen Preise Aussen-seiterfirmen herangelockt, die Benzin weit unter Konventionspreisen verkaufen. Die Benzinkonvention will durch die Preisherabsetzungen diese Aussen-seiter vernichten, um dann ihr Preismonopol weiter ausüben zu können.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S P D

~~Stettin, den~~ 3. März 1933.

Zwischen Nacht und Morgen.^x

SPD. Die Bugwelle rauscht. Am Horizont verlöschen die letzten Lichter. Dicke, schwarzgelbe Wolkenbänke drohen. An Deck ist alles festgezurrt. Das Schiff ist für den Sturm gerüstet. Die Maschine pocht wie ein schwer schlagendes Herz. An der Bordwand schäumt und strömt das Wasser. Die Laterne am vorderen Mast schwankt; später schlägt sie Kreise und Ellipsen.

Ich stehe unter der Brücke und starre in die aufgeregte Nacht. Der Wind hat zugenommen; Blitze leuchten durch das dunkle Sturmgewölk. Gewitterregen peitscht das Deck. Das Vorderschiff wühlt sich durch Regenflut und Wellengischt. Der ganze Kasten tanzt auf und ab und stöhnt wie ein lebendiges Wesen.

Eine schwere Hand liegt auf meiner Schulter. Der Ingenieur steht neben mir, und wir starren gemeinsam in das Chaos.

"In so einer Nacht könnte man gut über Bord gehen!" Der Ingenieur hat das ganz tonlos, weltverloren gesagt.

"Nanu, Selbstmordgedanken?"

"Manchmal kommt es so über mich!"

"Man muss die Ohren steif halten, und dann mitten durch, so wie die "Positano" sich jetzt durch das Wasser wühlt."

"Kommen Sie; ich werde Ihnen Bilder von meiner Frau und meinen Kindern zeigen."

Trübe brennt die kleine elektrische Lampe. Sie zittert in ihrer Fassung beim Wogentanz des Dampfers. Frauen und Kinder, Gestalten mit Photographiegesichtern blicken aus einem abgegriffenen Lederband heraus.

"Und da wollen Sie über Bord gehen?"

"Das - war - mal - meine Frau!" Stockend kommen die Worte aus dem Halbdunkel. "Seefahrt ist nicht gut für Männer und nicht gut für Frauen." - Und wieder liegt Schweigen über dem Raume. Der Ingenieur greift in den kleinen Schrank. "Alter Rum", sagt er und schenkt ein.

"Kopf hoch, mein Lieber!"

Er winkt ab, trinkt langsam sein mit Rum gefülltes Wasserglas leer. "Sehen Sie, ich hab' gedacht, bist doch 'n Kerl; was weg is', is' weg! Aber in solchen Nächten bin ich eben kein Kerl; dann sauf' ich mich voll. Will den ganzen Mist vergessen. Aber das Gift dazu muss noch gefunden werden... Und, weil's nich' gefunden wird, geh' ich über Bord. Ehrlicher Seemannstod is' besser als so ein Hundeleben. Wozu, frage ich dich, mein Junge, wozu hier weiter herumkutschieren? Für wen?"

Mit zitternder Hand füllt er wieder sein Glas. Hoppla! Der ganze Raum torkelt, und ein Strahl des alten Rums rinnt über den Tisch. Fuselgeruch nebel: alles ein. "Lass!" sagt der Ingenieur. "Alles egal!" Dann steht er unsicher auf und tastet sich zur Tür. Und weil das Schiff so segensreich schwankt, fällt er auf mich wie ein Mehlsack, der den Halt verlor.

Müdigkeit, Alkohol und Sturm machen es nicht leicht, wieder hochzukommen. Halb im Dämmer begreife ich, dass der Ingenieur blutet. Er muss sich beim Fallen verletzt haben. Endlich, endlich liegt er in seinem Bette. Die Tür zur Koje ist offen; einen Schlüssel gibt es nicht. Aber, wenn man sich vor die

Tür legt, kann man ganz gut gegen den Wellengang ankämpfen und muss auch merken, wenn einer über einen hinwegturnen will. Trotz Sturm und Gewitter schlafe ich ein.

Zwei kräftige Arme packen mich, heben mich hoch wie ein leichtes Etwas. "Wie kommen Sie in meine Koje?" Der Ingenieur steht vor mir, frisch und gerade, wie ein ganzer Mann. Ich deute auf die Wunde an seiner Stirn. Er versteht mich nicht, hat alles vergessen, will auch an nichts erinnert sein. "Jeder muss mit sich selber fertig werden!" sagt er ganz ruhig. "Und, wenn die Sonne scheint, ist alles in Ordnung!"

Draussen lacht wirklich die Sonne. Nur die Wogen gehen noch hoch; Poseidon ist zahm geworden. Die Aegäis wird langsam glatt wie ein Teich, den der Wind zufrieden lässt.

Der Dampfer läuft zwischen den Inseln der Kleinasiatischen Küste. Der Ingenieur geht in einem grossen Bogen um mich herum. Aber als wir am Abend vor Mytilini liegen, ist er wieder bei mir. Dunkelheit löst seine Zunge. "Das ist nun Mytilini", sagt er, "das ist die Insel, die bei den ollen Griechen eine so grosse Rolle gespielt hat. Das war auch mal ein Mittelpunkt der Welt. Wie haben sich die guten Bürger in den Haaren gelegen; selbst die edle Sappho hat hier nicht nur gesungen, sondern auch gezetert. Und was haben sie alle davon gehabt? Einen Dreck! Mazedonier, Römer, Byzantiner und Türken haben hier geherrscht, und nun ist alles wieder griechisch. Die Geschichte hat sich im Kreise gedreht. Verstehen Sie nun, dass man den Katzenjammer kriegen kann, wenn man durch dieses verdammte Wasser fährt und dabei noch an sein eigenes Elend denken muss?"

Ich nicke stumm. Er drückt mir die Hand.

Vom Strande her klingt Musik in die Nacht hinaus. Dort scheint man lustig zu sein. Durch das Glas entdecken wir bunte Lampions und wandelnde Menschen, ein hübsches, farbenfreudiges Bild, das geheimnisvoll und lebensprühend die Dunkelheit durchbricht.

"Die da drüben," sage ich leise, "haben das Gestern vergessen. Auf den Trümmern der Vergangenheit lebt jetzt ein neues Geschlecht."

"Das stimmt wohl, aber es sind Jahrtausende darüber vergangen. Ein Menschenleben ist wohl zu kurz, um wirklich vergessen zu können...."

Die Dampfpeife heult schaurig und kreischend in die Nacht hinaus. Sie verschluckt die leise Musik, die vom Hafen herüberweht.

"Ja, mein Lieber, die ist mit Dampf geheizt und nicht mit Pessimismus," sagt der Ingenieur lachend, grüsst und geht an seine Arbeit.

Willy Möbus.

Am Dnjestr.^x

Von unserm Balkankorrespondenten.

SPD. Zu jenen Grenzflüssen, deren Namen in der Nachkriegszeit immer wieder in der Tagesgeschichte genannt werden, gehört auch der Dnjestr, dessen Lauf die Grenzscheide zwischen Rumänien und der Sowjetunion bildet. Könnte man einen Bilanzstrich unter die zahlreichen blutigen Zwischenfälle ziehen, die sich seit 1918 wie am laufenden Bande an und auf diesem Flusse abgespielt haben, so ergäbe sich eine grauenhafte Blutstatistik.

Die bedrückende Atmosphäre, die über der bessarabischen Grenzzone lagert, teilt sich dem Besucher noch während der anderthalbstündigen Bahnfahrt von Kischineff nach der Dnjestrstadt Tighina mit. Der Zug, der langsam durch den nebligen, frostkalten Wintermorgen rollt, ist fast ausschliesslich mit Soldaten und Gendarmen besetzt. Die wenigen Zivilisten fallen direkt auf. Einige von ihnen sieht man unablässig die Gänge der Waggonen auf und ab schreiten und

die Reisenden mit forschenden Augen mustern. Kein Zweifel: Es sind Agenten der politischen Geheimpolizei. Einer scheint sich besonders für meinen Photoapparat, eine Spiegelreflex-Kamera älteren Modells, zu interessieren, deren seltsame Form und beträchtlicher Umfang ihm offensichtlich höchst verdächtig vorkommen. Dazu noch ihr blonder Besitzer mit der Shagpfeife im Munde. Das kann doch sehr wohl ein Kurier der G.P.U. sein, der in seinem Knipskasten chiffrierte Papiere und Geheimbefehle nach der Grenze schmuggeln will. Und schon geht die Abteiltür auf. "Ihre Legitimationen!" Ich zücke meine zahlreichen, x-mal beglaubigten Ausweispapiere und übergebe sie dem misstrauischen Hüter der Staatsordnung, nachdem auch er sich gehörig vor mir hat ausweisen müssen. Sichtlich verstimmt studiert er meine Papiere bis auf die kleinsten Einzelheiten. Selbst die Stempel werden sorgfältig entziffert. Sie könnten doch gefälscht sein. In und vor meinem Abteil haben sich gegen 20 Soldaten angesammelt, die neugierig der Untersuchung folgen und gierig auf eine Sensation warten. Die Enttäuschung ist sichtlich gross, als ich meine Papiere mit einem kühlen "merci" zurückerhalte. Ihre Prüfung hat fast eine halbe Stunde in Anspruch genommen. Kurz darauf ist Tighina erreicht.

Der erste Gang ist zum militärischen Platzkommandanten, um mir einen Erlaubnisschein zum Besuch des Dnjestr und der gesprengten grossen Eisenbahnbrücke zu erwirken. Nach einigem Hin und Her wird mir die Genehmigung erteilt. Ein blutjunger, aus der nördlichen Moldau stammender Grenzsoldat mit geschultertem Gewehr wird mir zur "Führung" nach dem Flusse beigegeben. Die Strassen des Städtchens, das eine sehr schön Lage am hohen Ufer des Dnjestr zwischen Obstgärten und mit einem weiten Ausblick auf die russische Stadt Tiraspol am gegenüberliegenden Ufer hat, sind fast menschenleer. Ausser einigen Kinderstimmen und gackernden Hühnern ist nichts zu vernehmen. Die kleinen, einstöckigen Häuschen rechts und links mit ihren vielen Fenstern, verzierten schweren Türen und weit überhängenden roten oder grünen Blechdächern liegen wie ausgestorben da. Die Bevölkerung lebt seit 14 Jahren in Schrecken und Furcht. Der ständige Belagerungszustand, die vollständige wirtschaftliche Abschnürung des ehemals blühenden Ortes von Russland und besonders dem nahen Odessa sowie die Lahmlegung jeden Schiffsverkehrs auf dem Dnjestr flussaufwärts wie flussabwärts nach dem Schwarzen Meere haben Handel und Wandel vollständig zugrunde gerichtet. Zahlreiche Läden sind seit langem geschlossen und viele Häuser unbewohnt.

Der mich begleitende Soldat erzählt mir Schauergeschichten vom unterirdischen Treiben der bösen Bolschewiken in dieser Stadt. Soldaten und Polizei kämen nicht mehr zur Ruhe. Verschärfter Postendienst, sich häufende Hausdurchsuchungen bei verdächtigen Russen und Juden und ein allgemein strenges Reglement machten ihnen das Leben sauer. Seit dem letzten Herbst entfalteten Agenten der Bolschewiken eine äusserst lebhaft verschwörerische Tätigkeit in der ganzen Grenzzone, um sich, wie die rumänischen Offiziere in der Instruktionsstunde erklärt hätten, an der rumänischen Regierung für das Scheitern des Nichtangriffspaktes zu rächen. Fast täglich würden Kuriere der G.P.U. von Tiraspol erwischt, die Geld und kommunistisches Propagandamaterial hereinzuschmuggeln versuchten. In dunklen und nebligen Nächten kämen aber trotzdem viele Agenten durch. Der Redestrom meines Begleiters versiegt erst, als wir am Kopfe der gesprengten Bahnbrücke anlangen, wo uns ein Feldwebel in Empfang nimmt. Die Sonne hat inzwischen den dichten Nebelschleier vom Morgen zerrissen, und ich habe einen freien und klaren Ausblick über den Fluss auf das russische Ufer und Hinterland. Da das Flussbett an dieser Stelle kaum 120 Meter breit ist, war hier unter der russischen Herrschaft eine grosse Brücke für den Bahn- und sonstigen Verkehr errichtet worden. Fünf Jahre haben deutsche Ingenieure und Arbeiter an diesem Brückenkoloss gebaut, der ein wahrer Segen für die anwohnende Bevölkerung geworden war. Bei der Abtrennung Bessarabiens von Russland sprengten rumänische Freischärler die Brücke samt einem gerade über

sie rollenden Güterzug in die Luft. Im Eisengewirr hängen noch heute die Trümmer des Zuges.

Drüben am andern Ufer patrouillieren sowjetrussische Doppelposten auf und ab. Die blanken Bajonette auf den Gewehren und der grosse Sowjetstern auf den Helmen leuchten weithin in der Morgensonne. Zusammen mit dem rumänischen Feldwebel schiebe ich mich auf dem zugefrorenen Flusse durch die Brückentrümmer einige 20 Meter weit vorwärts, um einen günstigen Punkt für eine Aufnahme des russischen Ufers und drüben stehenden Brückenrestes zu suchen. Eben habe ich den Apparat zur Hand genommen, als uns die russische Grenzwatche eine böse Ueberraschung bereitet: Zwei scharfe Schüsse krachen drüben, und einige Meter von uns schlagen die Kugeln mit pfeifendem Klang an die Aussenseite der Brückentrümmer..... Aha, Photographieren ist also drüben nicht erwünscht! Da ich herzlich wenig Lust verspüre, den "Heldentod" am Dnjestr zu sterben, ziehe ich mich eiligst zurück. Auch mein freundlicher Feldwebel hat sich um eine Nuance verfärbt..... So begnüge ich mich denn mit einem weniger guten Photo, das ich durch eine Schiesscharte des Postenhäuschens mache. Nach dem Zwischenfall, der leicht ein böses Ende nehmen konnte, verzichte ich auf den guten Rat der Grenzwächter hin auf den geplanten Spaziergang längs des Flussbettes.

Mit dem Fernglas bietet sich an unserm hohen Blickpunkt aus eine offene Uebersicht über Tiraspol mit seinen schönen grossen Häusern, vielen gold- und grüncuppligen Kirchen und vor allem mit seinen zahlreichen neuen Kasernen. Am Horizont auf den höchsten Kämmen des welligen Hügellandes sieht man überall hohe militärische Beobachtungspunkte. Vor uns liegt der Fluss mit seinem gewundenen Bette, dessen Ufer hüben wie drüben mit Stacheldrahtverhauen und Schützengräben bewehrt sind. Das typische Frontbild. Dort rechts, wo sich einige armselige Häuschen von Tighina bis dicht an den Flusslauf heranschieben, spielte sich vor einigen Tagen der jüngste Zwischenfall ab. Gegen 20 ukrainische Bauern, die zu nächtlicher Stunde über den zugefrorenen Fluss nach dem rumänischen Ufer zu gelangen versuchten, wurden von den russischen Grenzwächtern überrascht, die ein rasendes Schnellfeuer auf sie eröffneten. Nur wenige Personen erreichten das Ziel; die meisten fielen verwundet in die Hände der Rotarmisten. Vier Tote, darunter ein Kind, blieben auf dem Eise liegen. Noch heute sieht man deutlich die dunklen Blutlachen auf der Eisdecke. Krieg im Frieden.....

Am nächsten Tage, nach einer langen und beschwerlichen Bahnfahrt durch die südbessarabische Steppe, suche ich noch die Stadt Cetatea Alba (russisch: Akkerman) und die Schweizerkolonie Schaba dicht vor der Mündung des Dnjestr ins Schwarze Meer auf. Auch hier trifft man das gleiche trostlose Grenzbild wie im Norden. Die Bevölkerung leidet unsäglich und ist verzweifelt, da sie keinen Ausweg aus ihrem Elend sieht. Drüben das bolschewistische Russland mit seiner schweren Not, hüben seit 14 Jahren der Belagerungszustand. Niemand darf unbefugt das Ufer betreten. Das Militär ist unerbittlich und mit der Schusswaffe schnell bei der Hand. Jedwedes Radiogerät ist der Grenzbevölkerung streng verboten, da die Russen in Odessa, Tiraspol usw. Sendestationen errichtet haben, die in russischer und rumänischer Sprache kommunistische Propaganda machen. Zwischen zwei unbarmherzigen Fronten und Feuern leidet und hungert die bessarabische Grenzbevölkerung. Ihre Verzweiflung ist umso grösser, da sich ihr nicht ein einziger Lichtblick und Hoffnungsstrahl in die Zukunft bietet.....

SPD. Es gibt Zeiten, in denen die öffentliche Meinung die schlechteste aller Meinungen ist.

Chamfort.

X
Jakob Wassermann.

(Zu seinem 60. Geburtstag am 10. März.)

SPD. Dichten heisst nach einem bekannten Ausspruch Ibsens "Gerichtstag halten über sein eigenes Ich". Man muss diese Deutung noch erweitern. Nicht allein über sein eigenes Ich, sondern über Zeit, Volk und Menschheit hält der wahre Dichter Gerichtstag. Es gibt wenige deutsche Dichter der Gegenwart, auf die diese Deutung in so hohem Grade zutrifft wie auf Jakob Wassermann.

Die Form der Dichtung, die Zeitgeschehen und Menschen erleben am erschöpfendsten zu gestalten und am einleuchtendsten zu erklären vermag, ist der Roman. Wir haben seit etwa dem Beginn unsres Jahrhunderts eine Blüte der deutschen Erzählerkunst erlebt wie kaum jemals in früheren Zeiten. Und wir leben heute in einem Zeitalter stürmischer Entwicklung und Umwälzung, das von Stoffe und Motiven für grosse Romandichtungen geradezu überquillt. Aber nur in ganz seltenen Ausnahmefällen bemächtigen sich unsre wirklich bedeutenden Erzähler - man mag vielleicht an Alfred Döblin, Heinrich Mann oder Leonhard Frank denken - solcher Stoffe; der sehr zeitbewusste Thomas Mann beispielsweise bemüht sich schon seit einer Reihe von Jahren um eine Darstellung der alttestamentlichen Josefsgestalt. Was uns dagegen an Zeitromanen in unübersehbarer Zahl entgegentritt, das ist fast immer mehr oder weniger öde, schablonenhafte, gesinnungstreue, einseitige Tendenzschriftstellerei oder ungestaltete, auf den Zufallseindruck gestellte naturalistische Reportage. In der Vereinigung grösster künstlerischer Vertiefung und einer über die unmittelbare Beziehung zur Gegenwart hinaus zeitlosen Aktualität der Schilderung liegt eben Wassermanns besonderes Verdienst.

Seinen Ausgang nimmt Wassermann immer - und gerade darin liegt die eigentliche Wahrheit seiner Schilderung - von der Darstellung einzelner Menschen- und persönlicher Schicksale. Aber unendlich mannigfaltig sind Umwelt und Verhältnisse, die das Einzelschicksal bedingen und bestimmen, und aus der Ergründung, Erklärung und vielseitiger, von Objektivität und Verständnis getragenen Beleuchtung dieser Umwelt und Verhältnisse ergibt sich ganz natürlich, ohne gesuchte Konstruktion, die Typik und Allgemeingültigkeit der Schilderung. So spiegelt Wassermanns stofflich aktuellster Roman "Der Fall Maurizius" die psychologische und soziale Seite von Kriminalität und Strafvollzug umfassend und klar und mit einzigartiger dramatischer Lebendigkeit und Wucht. So ist im "Etzel Andergast" mit seherischer Sicherheit und gewissenserfüllter menschlicher Teilnahme die geistige Enge und Ziellosigkeit charakterisiert, die die Jugendlichen unsrer Zeit ins Lager des politischen Radikalismus treibt. So ist in "Laudin und die Seinen" das moderne Eheproblem bis in seinen tiefsten Grund durchforscht. So ist in Wassermanns dichterisch reifstem und feinstem Roman "Das Gänsemännchen" die Tragik des Künstlers und der Konflikt des Einzelgängers, des Ausnahmemenschen, mit der Gesellschaft geschildert. Und so wird der "Christian Wahnschaffe" in seiner Zusammenfassung einer fast verwirrenden Fülle verschiedenartigster Charaktere und zeitgeschichtlicher Erscheinungen zu einem monumentalen Zeitepos von der sozialen Mission des Menschen, durch dessen utopischen, idealisierten Schluss noch das Antlitz eines grossen Menschen und Menschenfreundes und eines starken Ethikers hindurchleuchtet.

Auch auf geschichtliche Vorgänge hat Wassermann seinen Gerichtstag über Zeit, Volk und Menschheit ausgedehnt. In historischen Reportagen hat er abenteuerliche Entdecker - Columbus und Stanley - zu neuem Leben erweckt. Stärker freilich vermag er das Bild der Geschichte in freier dichterischer Nachschöpfung anschaulich zu machen. In einem seiner frühesten Werke steht die seltsame Gestalt des vor hundert Jahren ermordeten "Kaspar Hauser" und das Zeitalter des Vormärz im Mittelpunkt. Und vom Zeitalter der Religionskämpfe und

der Inquisition wird es kaum eine eindrucksvollere und im historischen Gesamtbild echtere Schilderung geben, als sie uns Wassermann in seiner kleineren Erzählung "Der Aufruhr um den Junker Ernst" gibt. Es ist besonders bemerkenswert, dass gerade die Charakterisierung halbwüchsiger Knaben dem Dichter so überraschend sicher gelingt.

Bei allen stofflichen Vorzügen ist Wassermann doch wesentlich phantasievoller dichterischer Gestalter. Sogar ein Hang zur Romantik ist bei ihm unverkennbar und verleiht seinen Erzählungen einen eigenartigen Reiz. Der Aufbau seiner Erzählungen ist von grossartiger Architektonik, und von der ersten bis zur letzten Seite herrscht eine ungestüm mitreissende Spannung, die den Leser kaum loslässt. Dazu ist seine Darstellung von geschliffener Klarheit des Sprachstils.

Es ist wohl eine der wertvollsten Eigenschaften Wassermannscher Werke, dass sie über die eigentliche Anteilnahme an der geschilderten Handlung hinaus so unerhört stark zum Nachdenken anregen. Selbst über die kleinsten, scheinbar ganz belanglosen Einzelheiten macht der Dichter oft erstaunlich scharfe, treffende Beobachtungen. Mag man über die Problematik in seinen Romanen im einzelnen denken, wie immer man will, so wird man von ihnen doch in jedem Falle eine tiefe innere Bereicherung erfahren. Wir dürfen froh sein, in einer Zeit, in der gewisse Mitmenschen Geist und Kultur mit dem Browning bekämpfen, Repräsentanten deutschen Geistes wie Jakob Wassermann zu besitzen, und wir wollen uns zuliebe noch eine weitere reiche Ausbeute seines Schaffens wünschen.

Dr. Wilhelm Bolze.

Unbekanntes von Marx.^x

II.

London, 26. Februar 62

Lieber Becker,

Sie müssen sich mein langes Stillschweigen nur aus einem Grund erklären - Unfähigkeit zur Hilfe. Infolge des amerikanischen Bürgerkriegs verlor ich meine Haupteinnahmequelle ganz für ein Jahr. Später (seit ein paar Monaten) öffnet sich wieder dies "Geschäft", aber auf sehr "verengter" Basis. Was aber Bekannte betrifft, so zähle ich daran nur wenige, die über einige Mittel zu verfügen haben. Es ist z.B. schon lange her, dass ich in Ihrer Angelegenheit an Sibel schrieb, der jedoch, wie ich von Borkheim höre, nichts von sich hören liess. In Manchester hatten unglücklicherweise ein paar "Revolutionsabenteurer, die für die gute Sache nach den Vereinigten Staaten reisten", alle Disponible abgeschöpft.

Was die Subskription für Ihre Schrift angeht, so werde ich mein Möglichstes tun, verspreche mir aber wenig Erfolg. Das Vereinsgesindel - mit Ausnahme des keineswegs fundierten Arbeiterbildungsvereins - ist alles konstitutionell, ja preussisch-nationalvereinerlich. Die Kerls würden eher Geld geben, um eine Schrift wie die Ihre zu unterdrücken. Sie müssen wissen, dass diese Deutsche, jung und alt, lauter überkluge, gediegene, praktisch umsichtige Männer sind, die Leute wie Sie und mich für unreife Narren halten, die immer noch nicht von der Revolutionsphantasterei geheilt sind. Und so schlimm wie hier im Ausland ist das inländische Gesindel. Bei meiner Anwesenheit in Berlin usw. überzeugte ich mich, dass jeder Versuch, literarisch auf diese Canaille einzuwirken, ganz vergeblich. Die selbstgefällige Dummheit der Burschen, die in ihrer Presse, dieser Jammerpresse, ein ausserordentliches Lebenselixier besitzt, übersteigt alles Glaubliche. Dazu die Seelenmattigkeit. Prügel - sind das

einzige Resurrektionsmittel für den deutschen Michel, der, seitdem er seine philosophischen Illusionen verloren und sich aufs Geldmachen verlegt hat und auf "Kleindeutschland" und "praktischen Konstitutionalismus", nun gar ein platter, repulsiver Clown geworden ist. Deutschland kam mir ganz und gar wie eine Kinderstube vor, aber eine Stube von altklugen und abgelebten Kindern. "Hermann" ist das Eigentum des Kg. Pr. Exprokurator Heintzmann, "mit Gott für König und Vaterland", "einiges Kleindeutschland" und Mühseligung in der Freiheit. Ein Namensvater von Ihnen, ein Becker aus Leipzig, der an dem Blatt schreibt, ist gut, aber nicht einsichtsreich genug, als dass er uns z.B. für eine Subskription nützen könnte. Engels ist nach vielmonatlicher Abwesenheit erst seit ein paar Tagen nach Manchester zurückgekehrt, er und Wolff (Breslauer) werden tun, was möglich. Indes besteht auch in Manchester mit Ausnahme des Genannten und drei bis vier anderen Personen das dort sehr zahlreiche Deutschland aus denselben Spiessgesellen wie hier und anderwärts.

Quoad Vogt, so machen Sie damit, was Sie wollen. Es versteht sich ganz von selbst, dass es mich nur freuen kann, wenn das in Deutschland von der Presse ziemlich totgeschwiegene Pamphlet in der Schweiz wenigstens noch zu einiger Wirkung dienen kann. Französische Uebersetzung - ohne mein Vorwissen - war in Paris vorbereitet, schon im Druck befindlich, verschwand aber auf allerhöchst imperialistische Ukase. Es existiert also tatsächlich keine französische Ausgabe.

Ich versichere Ihnen, teurer Freund, dass nichts mir schmerzlicher ist, als hilf- und tatlos den Kämpfen eines Mannes, wie Sie sind, zusehen zu müssen. Ich bewundere Ihre Ausdauer, Ihren Feuereifer und Ihre Tätigkeit. Die Alten - ich glaube Aeschines - sagen, man müsse sich weltliche Güter zu erwerben suchen, um seinen Freunden in der Not helfen zu können! Welch tiefe humane Weisheit liegt darin!

Ich werde Ihnen in möglichst kurzer Frist Bericht über den Erfolg meiner Schreiben an verschiedene Personen über die Subskription abstaten.

Einstweilen leben Sie wohl. Meine Frau empfiehlt sich Ihnen bestens.

Ihr

K.M.

(Fortsetzung folgt.)

SPD. Kolibris als Insektenfresser.^x Es war bisher eine allgemein verbreitete Auffassung, dass die Kolibris, diese meistens sehr kleinen und prachtvoll gefärbten Vögel, die Amerika von Kanada bis nach dem Feuerland bewohnen und in besonders vielen Arten in Mexiko vorkommen, sich ebenso wie die Insekten nur vom Saft der Blüten ernähren. Das gelegentliche Auffinden von Kerbtieren im Mageninhalt dieser Vögel führte man darauf zurück, dass beim Aufsaugen des Blütensaftes darin enthaltene kleine Tierchen sozusagen nur zufällig mit verzehrt worden wären. Diese Auffassung muss jetzt aufgrund neuerer Untersuchungen revidiert werden. Schmidt-Hoensdorf hat im Zoologischen Garten der Stadt Halle beobachten können, dass Kolibris auch mit grossem Eifer den verschiedensten Insekten, wie Käfern, Ameisen, Taupfliegen und Blattläusen, nachstellen und selbst vor Spinnen nicht zurückschrecken.

SPD. Zirkus.^x "Wo ist das lebende Skelett?"

"Fassen Sie sich, Herr Direktor! Er ist in den Ausguss gerutscht, als er sich die Hände waschen wollte."
